

## Deutschland.

**Berlin, 20. November.** Se. Maj. der König hatte, wie nachträglich noch gemeldet wird, am Sonntag Vormittags eine längere Konferenz mit dem Finanzminister v. d. Heydt und empfing darauf mehrere Militärs, unter ihnen den Kommandeur der 16. Infanterie-Division, General v. Barmkow. Später hatte der diesseitige Gesandte in Wien, Baron v. Werther, eine längere Audienz. Gestern Vormittags empfing der König zunächst den Leibarzt Dr. v. Lauer und den Ober-Hof- und Hausmarschall Grafen Pückler, und folgten darauf die Vorträge des Geh. Kabinettsrathes v. Mühlner und des Geheimen Ober-Regierungsrathes Costenoble. Im Beisein des Gouverneurs Grafen Waldersee und des Stadt-Kommandanten v. Alvensleben meldeten sich hierauf der Chef des Generalstabes der Armee v. Moltke, der kommandierende General des 4. Armeekorps v. Alvensleben, der Kommandant von Rendoburg, v. Kaphengst, der General v. Hanneden etc. Der Major Reznitsch überbrachte die Urden seines verstorbenen Bruders, der als Major im 19. Infanterie-Regiment bei der Main-Armee stand und den im Kampfe bei Riffingen erhaltenen Verwundungen erlegen ist. Mittags hatte die Ehre des Empfanges der Geh. Kommerzienrath v. Dreyse, welcher ein neuonstruirtes Gewehr vorlegte, und darauf ertheilte der König dem neuernannten sächsischen Gesandten Geh. Legationsrath von Könnert, in Anwesenheit des Unterstaats-Sekretärs v. Thile, die zur Ueberreichung seiner Creditive nachgesuchte Audienz. Nach einer Konferenz mit dem Unterstaats-Sekretär v. Thile fand ein Diner von 22 Gedecken statt. Geladen waren die Generale von Peuder, v. Alvensleben I. und II., v. Treckow, von Ebel, v. Hanneden, v. Kaphengst und andere Militärs, sowie der Staatsminister a. D. v. Bodelschwingh, der diesseitige Gesandte in Stockholm, v. Rosenberg, der Ministerial-Direktor Günther etc.

Das königliche Staatsministerium hat in Wiesbaden folgenden königlichen Erlaß veröffentlicht: „Auf den Bericht vom 9. d. M. bestimme Ich, daß im Bezirke des Herzogthums Nassau für das Jahr 1866 behufs Erhaltung der Ordnung des Finanzhaushalts ein fünftes Simpel direkter Steuern erhoben wird. Die Erhebung soll vom 3. Dezember d. J. ab erfolgen.“

Die Kommission für Justizwesen des Abgeordnetenhauses hielt vorgestern Vormittag eine Sitzung, berieth jedoch nur Petitionen ohne allgemeines Interesse.

Die „Dresdner Nachrichten“ schreiben aus Dresden: „Nach allem, was man über die Einziehung der ausländischen Gesandtschaften am hiesigen Hofe hört, scheint befürchtet werden zu müssen, daß auch die Kaiserlich französische Gesandtschaft in Dresden über läng oder kurz ihre Funktion einstellen wird.“

**Berlin, 18. November.** Der neu ernannte sächsische Gesandte, Geh. Legationsrath v. Könnert, soll in der ersten Hälfte dieser Woche seine Antritts-Audienz haben.

In Betreff der Zukunft der hannoverschen Offiziere hat bekanntlich der hannoversche Oberst Dammer mit dem König Georg in Wien ohne Erfolg verhandelt. Die Stellung derselben war bisher insofern eine höchst precäre, als sie, wenn sie ihren Abschied nahmen, die ihnen bisher noch auf Grund der Konvention von Langensalza gewährten Kompetenzen verloren, ohne doch Sicherheit über ihre Aufnahme in das preussische Heer zu haben. In letzterer Beziehung soll ihnen nun, wie offiziös gemeldet wird, die nöthige Bürgschaft gegeben werden. Es würden nämlich die hannoverschen Offiziere zu der bestimmten Erklärung aufgefordert werden, ob sie in die preussische Armee treten wollen oder nicht. Im ersteren Falle hätten sie den Abschied aus ihren früheren Verhältnissen zu fordern, worauf ihre Aufnahme erfolgen würde. Würden sie aber den Eintritt in das preussische Heer verweigern, so könnten sie nur noch Pensionirung beanspruchen, da in einer preussischen Provinz unmöglich ein nur beurlaubtes Offiziercorps des depossedirten Fürsten fortbestehen kann.

Folgendes sind nach der „D. B. Z.“ die Erklärungen, mit denen die Donabrücker und ostpreussischen Ritter die Theilnahme an der ritterschaftlichen Versammlung ablehnten. Die Erklärung der Donabrücker lautet: — Unterzeichnete erklären hiermit, daß sie es nicht für geeignet halten, bei der königlich preussischen Regierung irgend welche Schritte Seitens der hannoverschen Ritterschaften oder deren Mitglieder zur Erhaltung der Gesehe und Einrichtungen, welche dem Rechte und den Interessen unseres Landes entsprechen, zu thun.

In noch schrofferer Form erklären die Ostpreussen: — Wir unterzeichneten Mitglieder der ostpreussischen Ritterschaft geben hierdurch für die am 7. November d. J. stattgefundene Versammlung von Mitgliedern aller hannoverschen Ritterschaften dahin unsere Erklärung ab, daß wir es weder der Würde der Ritterschaften und dem Rechte entsprechend, noch auch im Interesse des Landes erachten können, über die Erhaltung der Gesehe und Einrichtungen des Landes mit der königl. preussischen Regierung zu verhandeln oder dieselbe mit Bitten und Anträgen zu stellen.

Die „N. A. Z.“ schreibt: Hiesige Blätter beschäftigen sich mit dem Gedanken, noch im Laufe dieser Session einen Gesetzentwurf über die Ministerverantwortlichkeit von der Regierung eingebracht zu sehen. Diese Erwartung dürfte vorzeitig sein. Abgesehen von der speziellen Frage, ist es ja eine von allen Seiten erkannte Nothwendigkeit, der gegenwärtigen Session des Landtags, in Rücksicht auf die Einberufung des norddeutschen Parlamentes, keine zu lange Dauer zu geben, die Arbeiten also auf diejenigen Gegenstände zu beschränken, welche dringend der Erledigung bedürfen und zu denen auch nur eine kurze Session ausreicht. Aus diesem Grunde ist auch schon von anderen Vorlagen Abstand genommen worden, die in der Vorbereitung begriffen waren, und es ist daher nicht wahrscheinlich, daß eine so wichtige Frage, wie jene,

die so reichliche Berathungen erheischt, jetzt zur Verhandlung gebracht werden wird.

Daselbe Blatt meldet: Die Mittheilungen der Zeitungen über angebliche Beschlüsse, welche hinsichtlich der Verwaltungs-Organisation in den neuen Landestheilen und speziell in Hannover schon gefaßt sein sollen, müssen wir für vollständig unbegründet erklären. Ueber keine der in dieses Gebiet einschlagenden Fragen, z. B. wie die Verwaltungsbezirke abzutheilen, oder ob die Landdrostereien in Hannover beizubehalten seien, ist eine Entscheidung getroffen. Die Regierung wird erst nach den sorgfältigsten Erwägungen und Prüfungen der bisherigen Verwaltungsverhältnisse in den betreffenden Provinzen ihre Entscheidung treffen. Jene voreiligen Nachrichten scheinen nur in die Presse gebracht zu sein, um Beunruhigung unter den Einwohnern der neupreussischen Landestheile hervorzurufen.

Ueber das Vermögen des Professors Pernice zu Göttingen ist nunmehr der Konkurs eröffnet; übrigens meldet das „Tgl.“, Herr Pernice habe nicht eigenmächtig und heimlich, sondern mit Urlaub des Universitäts-Kuratoriums Göttingen verlassen; der vor-malige Kurfürst von Hessen wolle sich seines Rathes bei der Auseinandersetzung mit Preußen wegen des kurfürstlichen Privatvermögens bedienen.

Die Fortschrittspartei hat auf Anregung des Abgeordneten Hoppe gestern einen Gesetzentwurf zur Herstellung von Schwurgerichten für politische und Preßvergehen einzubringen beschloßen.

In Bezug auf die Behandlung des Militär-Etats im Abgeordnetenhaus bricht sich anscheinend in den liberalen Fraktionen die Ansicht Bahn, denselben en bloc in Form eines außerordentlichen Credits außerhalb des Budgets zu bewilligen, da doch erst die gesetzliche Sanctionirung der Reorganisation abgewartet werden müsse, andererseits aber auch mit Rücksicht auf die annectirten Länder und den norddeutschen Bund der gegenwärtige Zustand der Militärverwaltung nur als provisorisch betrachtet werden könne.

Den versorgungsberechtigten Militärs aus dem Unteroffizierstande ist nunmehr, wie die „Voss. Ztg.“ meldet, auch die früher versagte Carrière eines Post-Sekretärs eröffnet worden.

Wie der „Voss. Ztg.“ gemeldet wird, hat die russische Central-Postbehörde erklärt, daß alle durch russische Posten beförderte Briefe mit einer russisch geschriebenen Adresse versehen sein müssen, weil sonst die Post für das richtige Einlangen der Briefe keine Haftung übernimmt.

Die Stürme der letzten Tage haben, wie in Kurzem bereits gemeldet, einen großen Theil der telegraphischen Verbindung vollständig unterbrochen und wüthte eine sofortige Herstellung des Telegraphenverkehrs kaum zu erwarten sein, da die vom Sturm umgerissenen Stangen nach Tausenden zu zählen sind. Von Berlin aus sind noch dem Verkehr zugänglich: Auf der Linie nach Schlessen: Frankfurt a. D., Guben, Görlitz; nach Posen: Posen; nach Preußen: Königsberg und Danzig; nach Hamburg: Wittenberge, Lübeck, Schleswig-Holstein; nach Köln: Magdeburg; nach Halle: Halle und außerdem Dresden. Depeschen für alle anderen als für die vorgenannten Stationen werden mit der Post befördert. Die Linien Paris-Köln, Wien-Frankfurt und Wien-Breslau waren gestern noch in ungestörter Funktion.

Der Märkische Kommunal-Landtag ist seit einigen Tagen hier versammelt.

Staatshaushalts-Etat. — (Fortsetzung aus Nr. 538.) —

Dem Haupt-Etat entnehmen wir folgende Mittheilungen: Die Gesamteinnahme ist incl. derjenigen der hochholsteinischen Lande, welche sich auf 262,875  $\mathcal{M}$  beläuft, auf 169,066,773  $\mathcal{M}$  veranschlagt, d. h. 11,829,574  $\mathcal{M}$  mehr als der Etatentwurf pro 1866 aufwies. Die fortbauenden Ausgaben belaufen sich anschlüssigst diejenigen für die hochholsteinischen Lande mit 232,571  $\mathcal{M}$ , auf 153,671,753  $\mathcal{M}$ , d. h. 6,790,571  $\mathcal{M}$  mehr als pro 1866, während für die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben 15,395,015  $\mathcal{M}$  oder 8,276,202  $\mathcal{M}$  mehr als 1866 bestimmt sind, incl. 30,286  $\mathcal{M}$  für die hochholsteinischen Lande. Das Verhältniß der Einzel-Etats gestaltet sich folgendermaßen:

Domänenverwaltung. Einnahmen: 5,598,270  $\mathcal{M}$  oder 83,270  $\mathcal{M}$  mehr als pro 1866. Ausgaben: a) fortbauende 765,620  $\mathcal{M}$  oder 20,070  $\mathcal{M}$  weniger als 1866, und b) einmalige 25,000  $\mathcal{M}$  oder 15,000  $\mathcal{M}$  weniger als 1866. Die Mehreinnahme besteht in 66,218  $\mathcal{M}$ , welche durch vortheilhaftere Verpachtungen, Erhöhungen des Pachtzinses entstanden sind, in 26,400  $\mathcal{M}$  von anderen nicht zu den Vorwerken gehörigen Nutzungen und in 2650  $\mathcal{M}$  aus dem Bernsteinregal, welchen Summen eine Wiedereinnahme von 10,000  $\mathcal{M}$  in Folge von Ablosungen mittelst Kapitalzahlung an Erb-, Grund- und Domänenzins gegenübersteht. — Die Ausgaben haben sich aus verschiedenen Ursachen um 29,070  $\mathcal{M}$  ermäßigt und es stellt sich der ganze Ueberschuß der Verwaltung pro 1867 auf 4,807,650  $\mathcal{M}$  und um 129,340  $\mathcal{M}$  höher als für 1866.

Forstverwaltung. Einnahmen: 9,358,000  $\mathcal{M}$  oder 56,000  $\mathcal{M}$  mehr als 1866. Ausgaben: a) fortbauende 3,910,000  $\mathcal{M}$  oder 32,000  $\mathcal{M}$  mehr als 1866, b) einmalige 597,000  $\mathcal{M}$  oder 173,500  $\mathcal{M}$  mehr als 1866. Die jüngstvergangenen Zeitereignisse werden sich voraussichtlich auch im Jahre 1867 noch in Betreff der ungünstigen Holzabgabeverhältnisse fühlbar machen, die Einnahme dafür ist also nicht höher angelegt als im Jahre 1866, d. h. mit 3,300,000  $\mathcal{M}$ . — Der Ueberschuß der Finanzverwaltung beträgt für 1867 4,851,000  $\mathcal{M}$  und bleibt hinter dem Ueberschuß pro 1866 um 149,500  $\mathcal{M}$  zurück, und zwar zumest in Folge der einmaligen Ausgaben von 65,000  $\mathcal{M}$  an Entschädigung des elb-burgischen Fiskus Betreffs der Wildenburger Waldungen etc. und von 70,000  $\mathcal{M}$  zum Ankauf von Grundstücken.

Der Kron-Fideicommissfonds bezieht wie pro 1866 eine Rente von 2,373,077  $\mathcal{M}$  und einen Zuschuß von 500,000  $\mathcal{M}$ , derselbe ist also pro 1867 nicht erhöht.

Die Einnahme zur Ablosung von Domänen angefallen und Verläufen etc. bleibt wie pro 1866 auf 860,000  $\mathcal{M}$  veranschlagt. Direkte Steuern 32,730,000  $\mathcal{M}$  an Einnahmen, d. h. 659,000  $\mathcal{M}$  mehr als 1866; Ausgaben 1,418,000  $\mathcal{M}$ , d. h. 17,000  $\mathcal{M}$  mehr als 1866. Die Grundsteuer ist veranschlagt auf 10,104,300  $\mathcal{M}$ , d. h. 3103  $\mathcal{M}$  mehr als 1866, die Gebäudensteuer auf 3,407,600  $\mathcal{M}$  oder 24,424  $\mathcal{M}$  mehr als 1866, die Klassensteuer auf 3,694  $\mathcal{M}$  oder 126,000  $\mathcal{M}$  höher als 1866, die Klassensteuer auf 9,755,000  $\mathcal{M}$  oder 120,000  $\mathcal{M}$  mehr als 1866, die Gewerbesteuer auf 4,059,000  $\mathcal{M}$  oder 121,000  $\mathcal{M}$  mehr als 1866, die Eisenbahn-Abgabe auf 1,645,000  $\mathcal{M}$  oder 263,000  $\mathcal{M}$  mehr als 1866. — Der Ueberschuß hat sich im Ganzen gegen das Vorjahr um 642,000  $\mathcal{M}$  erhöht.

Indirekte Steuern: Einnahmen 37,795,235  $\mathcal{M}$  oder 776,035  $\mathcal{M}$  mehr als 1866. Ausgaben 4,493,235  $\mathcal{M}$  oder 435  $\mathcal{M}$  mehr als 1866; außerdem sind 28,000  $\mathcal{M}$  oder 10,710  $\mathcal{M}$  mehr als 1866 an außerordentlichen Ausgaben für zwei Neubauten angelegt. — Der Gesamt-überschuß stellt sich auf 33,274,000  $\mathcal{M}$  mit einem Mehr gegen das Vorjahr von 764,890  $\mathcal{M}$ . Die Mehreinnahmen, resp. Ausfälle sind von dem Finanzminister bereits erwähnt. Salomonopol: 9,300,000  $\mathcal{M}$  oder 50,960  $\mathcal{M}$  mehr als 1866 an Einnahmen, und Ausgaben 2,760,370  $\mathcal{M}$  oder 38,870  $\mathcal{M}$  weniger als 1866. Der Ueberschuß gegen das Vorjahr erhöht sich um 89,830, die hohen Garupreise verursachten eine Mehrausgabe von 15,487  $\mathcal{M}$  für Tonnen und Säcke. Lotterie-Verwaltung. Einnahme: 1,338,300  $\mathcal{M}$  oder 300  $\mathcal{M}$  mehr als 1866. Ausgabe 23,850  $\mathcal{M}$ , d. h. 150  $\mathcal{M}$  weniger als 1866. Den beiden Lotterien im Jahre 1867 wird der bisherige aus 95,000 Loosen bestehende Plan zu Grunde gelegt. Seehandlungs-Institut. Einnahme: 600,000  $\mathcal{M}$  oder 100,000  $\mathcal{M}$  mehr als 1866. Die Besoldungsausgaben mit 56,026  $\mathcal{M}$  bestreitet das Institut. Preussische Bank. Einnahme: 1,504,000  $\mathcal{M}$  oder 245,000  $\mathcal{M}$  mehr als 1866. In den Jahren 1863, 64, 65 betrug der Gewinnantheil des Staates resp. 513,501  $\mathcal{M}$ , 968,166  $\mathcal{M}$  und 964,936  $\mathcal{M}$ , im Durchschnitt also 815,534  $\mathcal{M}$ , er ist rund auf 815,667  $\mathcal{M}$  angelegt. Diefem Gewinnantheil treten an Zinsen vom Einzahlkapital des Staats im Betrage von 1,895,800  $\mathcal{M}$  à 3½ Prozent 66,423  $\mathcal{M}$  zu, und an Zuschuß zur Verzinsung und Tilgung der Staatsanleihe vom Jahre 1856 621,910  $\mathcal{M}$  Münze. Einnahme: 71,933  $\mathcal{M}$  oder 763  $\mathcal{M}$  mehr als 1866, Ausgaben 71,933  $\mathcal{M}$  ebenfalls. Staatsdruckerei. Einnahme: 198,600  $\mathcal{M}$  oder 29,300  $\mathcal{M}$  mehr als 1866. Ausgabe: 153,600  $\mathcal{M}$  19,400  $\mathcal{M}$  mehr als 1866. Der Ueberschuß pro 1867 beträgt 45,000  $\mathcal{M}$ . Allgemeine Kostenverwaltung. Einnahme: 5,073,812  $\mathcal{M}$  oder 4,719,004  $\mathcal{M}$  mehr als 1866. Außerordentliche Ausgabe: 50,000  $\mathcal{M}$  oder 10,000  $\mathcal{M}$  mehr als 1866 zur Ausführung des Gesetzes über das Münzwesen vom 4. Mai 1857. Von den Einnahmen werden 4,620,000  $\mathcal{M}$  zur Beschaffung von Panzerregimenten bestimmt.

Die Einnahmen des Finanzministeriums betragen demnach: 101,455,131  $\mathcal{M}$  oder 6,719,263  $\mathcal{M}$  mehr als 1866; die Ausgaben: fortbauende a) Betriebs-, Erhebungs-Kosten und Lasten 13,597,108  $\mathcal{M}$  oder 77,882  $\mathcal{M}$  weniger als 1866; b) Staatsverwaltungsausgaben (worauf wir noch zurückkommen) 2,473,452  $\mathcal{M}$  oder 8695  $\mathcal{M}$  mehr als 1866; Einmalige und außerordentliche Ausgaben 700,000  $\mathcal{M}$  oder 109,210  $\mathcal{M}$  mehr als 1866. (Fortsetzung folgt.)

**Aus Holstein, 18. November.** In Flensburg ist vorgestern die deutsche Abordnung aus dem nördlichen Schleswig angekommen, um dort die an das preussische Abgeordnetenhaus gerichtete Adresse entgegenzunehmen und in Berlin mit anderen solchen — im Ganzen sind bis jetzt gegen 5000 Unterschriften eingegangen — zu überreichen.

Im Schlosse Glücksburg haben die Raumverhältnisse den General v. Peuder, der, wie erwähnt, eine Militär-Erziehungs-Anstalt im Schleswigischen errichten will, befriedigt, so daß also die Anlegung derselben dort zu erwarten steht.

Die Vermehrung der Lehrkräfte an der Universität Kiel hat noch immer ihren Fortgang. So eben ist der Medizinalrath Dr. Bodenbahl, bisher Privatdozent, zum außerordentlichen Professor für gerichtliche Medizin ernannt worden; und zu Oftern soll eine Professur für Staats- und Verwaltungswissenschaften errichtet werden, die seit dem im Anfang der 50er Jahre erfolgten Abgang des Prof. Ludwig Stein nach Wien nicht besetzt gewesen ist. Prof. Treitschke hat fortdauernd großen Zuspruch von Studenten sowohl als Bürgern, so daß er für die öffentliche Vorlesung (über Geschichte der Jahre 1848 — 1859), nachdem auch die kleine Aula zu klein, sich die größere hat erbitten müssen.

Das Stempelpapier unseres Landes, welches bisher mit dem schleswig-holsteinischen Wappen versehen war, wird von Neu-jahr den preussischen Adler zeigen. Die Polizeibeamten in Flensburg haben schon kürzlich die schleswig-holsteinische Kokarde mit der preussischen vertauscht.

**Kiel, 18. November.** Sicherem Vernehmen nach sind der Etatsrath Th. Schulze, der Kammerjunker A. v. Rosen und der Justizrath W. Oriebe zu Regierungsräthen unter dem Oberpräsidium für Schleswig und Holstein ernannt. Alle drei gehören zu der Kategorie derjenigen älteren Beamten, die dem Erbprinzen von Augustenburg nicht gehuldigt haben. Die beiden Erstgenannten waren Mitglieder der holsteinischen Regierung, als die Bundes-Erektion einrückte, und wurden von den Herren Könnert und Nieper nur deshalb ihrer Aemter entsetzt, weil man in ihnen keine brauchbaren Werkzeuge für die Politik des Hrn v. Beust erblicken konnte.

**Tondern, 15. November.** Zwanzig junge Leute, Söhne von Landbewohnern aus unserer Umgegend, haben beschloßen, sich zum Dienst als einjährige Freiwillige bei der preussischen Kavallerie zu melden. Einer ist bereits bei der in Habersleben stehenden Eskadron des Magdeburgischen Dragoner-Regiments eingetreten.

**Lauenburg, 17. November.** Der gestrige Tag brachte den Bewohnern der Stadt Lauenburg, Dank der umsichtigen Fürsorge des hohen königlichen Ministeriums, die Erfüllung einer lange gehegten Hoffnung. Bei der neulichen öffentlichen Verpachtung des hiesigen Domänen-Vormerks war mit höherer Genehmigung die Stadt unter den Pachtbewerbern mit ausgetreten und im Meistgebot geblieben. Gestern ist nun den Gemeindevertretern die Mittheilung geworden, daß sich das königliche Ministerium für die Ertheilung des Zuschlages an die Stadt entschieden habe. Es eröffnet sich durch die beabsichtigte Parzellirung der Ländereien einer großen Zahl unserer Mitbürger eine wichtige Erwerbsquelle, nachdem leider unsere Stadt durch die Abnahme des Schiffsfahrtsbetriebes und des Expeditionsgeschäftes, sowie durch das Eingehen des Elbzollamtes an ihren Nahrungszweigen wiederholt benachtheiligt worden. Wenn schon voriges Jahr, als wir unter das Scepter unseres Königs kamen, die neue Ordnung hier allgemein mit freudiger Hoffnung begrüßt wurde, wovon unter Anderem der Jubel bei dem Besuche Sr. Majestät ein unverkennbares Zeugniß gab, so werden die empfangenen Beweise einer wohlwollenden Fürsorge für das Emporblühen unseres Ortes um so mehr dazu dienen, das Band fester und inniger zu knüpfen, welches uns mit der Macht verbindet, auf der Deutschlands Hoffnung beruht.

**Hannover**, 18. November. Der kommandirende General General-Lieutenant v. Voigts-Nheß hat einen Tagesbefehl erlassen, in welchem es heißt:

Wir haben unserem neuen Erjah den Beweis zu liefern, daß der Dienst fürs Vaterland die höchste Ehre ist, die man nicht veräußern darf und kann, und daß dafür kein Opfer zu theuer ist, aber wir haben auch zugleich dem Lande die Ueberzeugung zu geben, daß seine Söhne in der Armee in einen Verband von Waffenbrüdern eintreten werden, in welchem gleichmäßig Wohlwollen und Achtung auch für den Geringsten herrscht, in welchem nur die Gerechtigkeit entscheidet und Würdigkeit allein zur Anerkennung führt. Daß dieser Geist, welcher bisher unser vaterländisches Heer belebte, auch hier in dieser neu erworbenen Provinz das Ziel unseres Strebens sei und bleibe, das ist der Wille unseres Allergnädigsten Königs und Feldherren und dazu mitzuwirken rufe ich Alle auf, vom General bis zum jüngsten Soldaten. In dem Bewußtsein, diese Aufgabe lösen zu wollen und in der Ueberzeugung, daß wir sie unter allen Umständen lösen werden, gehen wir mit fester Zuversicht den kommenden Zeiten und Begebenheiten entgegen, unbeirrt durch Schwierigkeiten, die uns vielleicht entgegenzutreten werden, mit unserem alten preussischen Wahlspruch: „Mit Gott für König und Vaterland“ und dem Rufe: „Es lebe unser Allergnädigster König und Herr!“

**Frankfurt a. M.**, 18. November. Die Frankfurter Militärpflichtigen melden sich in bedeutender Zahl zum Eintritt in den einjährigen Dienst mit Beginn des neuen Jahres; sie werden dem hier garnisonirenden 34. Infanterie-Regiment zugewiesen. Mehrere haben sich auch zum Eintritt in die hier liegende Dragoner-Schwadron gemeldet.

**Mainz**, 17. November. Dieser Tage hat der Gemeinderath einstimmig beschlossen, an die Staatsregierung eine Vorstellung zu richten, daß nunmehr, nach Aufhebung der bischöflichen Konvention, das Geeignete zur Beseitigung der Niederlassung der Jesuiten hier angeordnet werde.

**Wiesbaden**, 16. November. Das „Frankf. J.“ schreibt: Seit gestern zirkulirt in hiesiger Stadt eine Petition an die königliche Regierung, in welcher um die Befassung des Spiels gebeten wird. Von wem die Petition ausgeht, ist bis jetzt unbekannt geblieben; sie wird übrigens durch einen Diener des Kurhauses solportirt und nur Demjenigen zu lesen gegeben, der im Voraus seine Unterschrift verspricht. Auf diese Weise wird man die Existenz eines Instituts nicht zu sichern vermögen, das die öffentliche Moral bereits längst verurtheilt hat.

Mit der von allen Interessenten dringend gewünschten Einführung der preussischen Berggesetzgebung — Bergrecht, Bergverwaltung und Bergwerkbesteuerung — in Nassau wird nunmehr vorgegangen werden. Nächsten Mittwoch tritt hier, unter dem Vorsitz des Oberberghauptmanns Brassert von Bonn, eine aus dem Oberbergrath Blume von Bonn, dem Oberbergrath Odenheimer von hier (dem bisherigen Chef der nassauischen Bergverwaltung), mehreren Bergmeistern und den Vertrauensmännern der Privat-Industrie — zusammengesetzte Kommission in Beratung über die bei Einführung der preussischen Bergwerks-Gesetzgebung etwa erforderlichen Uebergangsbestimmungen und Modifikationen, welche letztere sich auf ein Minimum zu beschränken haben.

#### Ausland.

**Paris**, 17. November. Graf Walewski ist von seinen Gütern in den Landes zurückgekehrt. Wie schon erwähnt, bleibt er Präsident des Corps legislatif. Man schreibt ihm eine gewisse Vorliebe für die österreichische Allianz zu, was bei den abenteuerlichen Hoffnungen, welche die Polen auf Oesterreich setzen, nicht zu verwundern. Er soll indes der besseren Einsicht Rouhers nachgegeben haben und wird als Präsident jedenfalls nicht die voransichtlich wieder aufzukommende Agitation der Klopfflechter der alten Parteien ermutigen.

„La France“ — ein Veust-Anbeter — hat das Glück, im Voraus ankündigen zu können, daß der neue Staatsminister nächstens auch Konseilspräsident werden wird.

**Paris**, 17. November. Das „Memorial diplomatique“ schlägt heute plötzlich einen ganz preußenfreundlichen Ton an. Es berichtet über den ausgezeichneten Empfang, welcher dem General v. Wimpffen, dem neuen österreichischen Gesandten in Berlin, am preussischen Hofe zu Theil geworden sei; dieser hat ihm zufolge seinen besonderen Ausdruck in den herzlichsten Worten gefunden, in welchen sich der König Wilhelm ergangen habe, um dem österreichischen Repräsentanten den Wunsch auszudrücken, daß die ehemaligen freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wieder hergestellt werden möchten. Diese Sprache habe, wie das genannte Blatt hinzufügt, den glücklichsten Eindruck auf den Wiener Hof gemacht, der seinerseits seine aufrichtige Absicht kund gebe, Preußen gegenüber die Pflichten einer guten Nachbarschaft zu erfüllen. Das „Memorial diplomatique“ scheint indes auch noch den Auftrag zu haben, zu versichern, daß das beste Einverständnis zwischen Paris und Wien bestehe, was auch, wie es nicht ohne Seitenblick meint, schon durch die gemeinsame Politik dargethan werde, welche beide in der letzten Zeit im Orient verfolgt hätten. Auch in dem guten Fortgange der Verhandlungen wegen des Abchlusses des Handelsvertrages findet das „Memorial diplomatique“ einen Beweis, daß in dem guten Verhältnis zwischen Frankreich und Oesterreich keine Störungen eingetreten sind. Was diese Verhandlungen anbelangt, so sind die österreichischen Bevollmächtigten schon seit dem 13. wieder in Wien. Die drei französischen Unterhändler sollen in Folge eines Unwohlseins des Herrn Herbert, Direktors der Handels-Angelegenheiten im Ministerium des Aeußern, noch nicht abgereist sein. Die Unterhändler selbst sollen in fast allen Punkten einig sein. Nur verlange Frankreich noch Konzessionen für die Einfuhr von Seide und Porzellan. In wie weit die Mittheilungen des in letzter Zeit so oft dementirten „Memorial“ begründet sind, muß dahingestellt bleiben.

**Paris**, 17. November. Neben den wichtigen Tagesfragen beschäftigt man sich, was unsere äußeren Beziehungen anlangt, mit einem diplomatischen Zwischenfall eigenthümlicher Art. Ein Erlaß Ihrer Regierung wird bekanntlich in verwichenen Monat die preussischen Konsuln in Frankreich an, sofort den Schutz der Unterthanen der annekirten Länder zu übernehmen. Der seitherige hannoversche General-Konsul hieselbst beichte sich, die Konsulats-Akten und Siegel dem preussischen Kollegen zu überliefern. Dasselbe geschah auch Seitens der Konsuln Kurhessens und Frank-

furks. In den Provinzen scheint jedoch die Uebergabe hin und wieder auf Schwierigkeiten zu stoßen; denn in Havre hat unsere Regierung dem hannoverschen Konsul das Exequatur entziehen müssen, weil derselbe sich noch fortdauernd als hannoverscher Konsul betrachtete und die Funktionen eines solchen auszuüben versuchte.

In neuester Zeit wird viel für die Verbreitung der elementaren Schulkenntnisse unter den Soldaten der französischen Armee gethan. So meldet man heute wieder dem „Moniteur de l'Armee“ aus Libourne, daß für die dort liegenden Lanciers eine von 150 Mann besuchte, drei Abtheilungen in sich begreifende Schule errichtet worden ist. Drei Unteroffiziere ertheilen den Unterricht und die Stadt stellt dem Regiment drei Säle mit den benötigten Schulrequisiten, der Heizung und Beleuchtung unentgeltlich zur Verfügung.

Die Regierung beabsichtigt — wenigstens sagt man dies auf dem Kriegs-Ministerium — die schwere Reiterei zum großen Theile durch reitende Artillerie zu ersetzen. Der Kaiser hat ein nach seinen persönlichen Angaben gefertigtes leichtes Stahlgeschütz zu diesem Zwecke konstruiren lassen, das Projektile von 4 Livres schleudert. Das Kanonenrohr ist mit Hinterladung versehen und die ganze Konstruktion so eingerichtet, daß selbst während des Marschirens das Laden und Abfeuern vor sich gehen kann. Eine solche vom Kaiser gefertigte Kanone soll im Mai auf der allgemeinen Ausstellung mitfiguriren. Vorläufig wurde eine Anzahl von 200 Geschützen für obigen Zweck bereits angefertigt, die in dem Polygon von Vincennes, nach geschickener Ablieferung, durch je fünf Schüsse erprobt werden und dann in die Arsenale gelangen.

#### Newyork

**Newyork**, 8. November. Die atlantisch-pazifische Eisenbahn von Newyork nach San Francisco wird eine Länge von 3200 englischen Meilen erreichen; sie geht an St. Louis und Stadt-Kansas vorbei durch Neumexiko und tritt durch einen niedrigen Paß des Felsengebirges in das Quellengebiet des Colorado und weiter in Kalifornien ein. Von beiden Endpunkten wird eifrig an dem Schienenwege gearbeitet. Im Januar 1868 werden 1870 Meilen von Newyork aus fertig und die Arbeiten bis auf 200 Meilen an's Felsengebirge vorgerückt sein. In zwei oder drei Jahren kann ein Reisender von England in wenig mehr als zwei Wochen nach San Francisco gelangen und in dieser Zeit eine Meerfahrt von 3000 Meilen und eine noch längere Fahrt auf festem Boden zurücklegen. Durch die Vollendung dieses wichtigen Gliedes in dem Eisenbahnnetz beider Hemisphären wird man die Reise von Europa nach China oder Japan am schnellsten über Newyork und San Francisco machen.

#### Pommern.

**Stettin**, 20. November. Die Beteiligte an der heute Vormittag stattgefundenen Wahl von Stadtverordneten für die 3. Abtheilung des 2. Wahlbezirks war wieder nur eine geringe, indem von etwa 700 Wahlberechtigten kaum 100 erschienen waren. Gewählt wurden die Herren Direktor Kücker, Dr. Meyer und Kaufmann Gust. Ad. Töpffer.

**Stettin**, 20. November. [Sitzung der polytechnischen Gesellschaft vom 16. November.] In der heutigen statutenmäßigen General-Versammlung der polytechnischen Gesellschaft wurde vorerst die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Zum ersten Vorsitzenden wurde einstimmig Herr Dr. Delbrück, zum zweiten Vorsitzenden (an Stelle des ausgeschiedenen Dr. Scheibler) Herr Dr. Bremer gewählt. Zu Schriftführern wurden gewählt die Herren Dr. v. Boguslawski, von der Nahmer und Dr. Siemann, zum Bibliothekar Herr Dr. Schür, zum Kassirer Herr Fraube. Hierauf fand die Neuwahl des Ausschusses statt, und wurden zu Mitgliedern desselben ernannt die Herren Baurath Hobeck, Direktor Kornhardt, Ober-Maschinenmeister Kreisner, Apotheker Fleissing, Mechanikus Schult, Geh. Rath Stein, Schulrath Balsam, Glodengieser Wolf, Striebold, Dr. Boyhen, Grünberg und Ingenieur Skoppen. Zu Stellvertretern wurden die Herren Dr. Meyer und Lippold erwählt. Der zweite Punkt der Tagesordnung war die Feststellung des Stats für 1867. Nach dem Antrage des Ausschusses-Vorstandes wurde derselbe in der Einnahme mit 1550 Thaler, in der Ausgabe mit 1500 Thaler genehmigt. Das Gesellschaftsvermögen beträgt jetzt ca. 1200 Thaler. — Zu Rechnungsrevisoren wurden durch Akklamation ernannt die Herren Eichstedt, Silber, Redies und Schöpfer. — Der Vorsitzende Dr. Delbrück, theilte der Versammlung mit, daß der Vorstand in Uebereinstimmung mit dem Ausschuss den Herrn Dr. Scheibler in Berlin in Anerkennung seiner vielseitigen Verdienste um den Verein, zu dessen Ehrenmitglied ernannt habe. — Der Lesesirkel des Vereins, welcher die bedeutendsten technischen Zeitschriften enthält, wird auch für das nächste Jahr beizubehalten beschloffen und den Mitgliedern eine lebhafte Theilnahme an demselben empfohlen. Der Beitrag ist pränumerando zwei Thaler. Herr Dr. Schür, der Bibliothekar des Vereins, theilte mit, daß er jederzeit gerne bereit sei, den Mitgliedern aus der Vereinsbibliothek Bücher zu leihen.

**Greifswald**, 17. November. Der in der verfloffenen Nacht aufgetretene sehr heftige Sturm aus N.-O. hat eine Menge Wasser aus dem Bodden in den Nyßfluß getrieben, daß dieser über seine Ufer getreten ist und bis zur Stadt einem großen See gleicht. Die am nördlichen Ufer des Nyß gelegene Schiffswerft ist fast unter Wasser gesetzt und der größte Theil des frei liegenden Schiffesbaulozes durch die hohe Fluth und in Folge der Windrichtung auf das südliche Ufer getrieben und liegt hier in bunter Unordnung.

Längs der Stadt ist der Nyß über die Quaimauer getreten. Bei der dem Schutterhagen gegenüber liegenden Schlufe des Nyß, an welcher unmittelbar die Hafensbahn vorbeiführt, hat die anbrängende Wassermenge sich einen Ausfluß gesucht und eine ziemliche Strecke des Damms der Hafensbahn weggespült und ganz durchbrochen, so daß die Schienen mit den daran befestigten Schwellen (etwa 30 an der Zahl) eine freischwebende Brücke bilden. — Die Wassermoggen fließen nun ungehindert auf die Wackerower Wiesen.

#### Zernischtes.

Unter den während der Kaiserreise in Mähren Dekorirten befindet sich, wie österreichische Blätter erzählen, auch die Dienstmagd Franziska Klar. Dieselbe wurde nämlich für ihren an den Tag gelegten Patriotismus und ihre Menschenfreundlichkeit, die sie auf dem Schlachtfelde betätigte, mit dem silbernen Verdienstkreuz ausgezeichnet. Sie war bei d. m. Müller in Renakowitz bedienstet und hatte, als der Kampf am 15. Juli daselbst wüthete, trotz des Kugelregens die österreichischen Verwundeten gelakt und war eben im Begriff einen Verwundeten zu verbinden, als ein Schuß in das Kniegelenk ihre Thätigkeit lähmte. Sie liegt noch an ihrer Wunde im Olmüher Krankenhaus darnieder und befindet sich keineswegs außer aller Gefahr. Als der Kaiser das Krankenhaus besuchte, versprach er, für sie und ihre alte Mutter zu sorgen.

#### Neueste Nachrichten.

**Wien**, 19. November. In der heutigen ersten Sitzung des wiedereröffneten niederösterreichischen Landtages beantragte Baron Pratobevera die Wahl eines Eiserausschusses, um eine Adresse zu entwerfen, die der Regierung den Dank des Landtages für die Anerkennung der patriotischen Haltung des Landes auszusprechen, die Lage des Landes unumwunden darlegen und eine Darstellung des Einflusses, den die Sistrungspolitik ausgeübt, enthalten soll. Bei der Abstimmung erklärten sich drei Mitglieder gegen den Antrag.

**Wien**, 19. November, Abends. Der Kaiser hat heute die Beglaubigungsschreiben des württembergischen Gesandten v. Thun entgegengenommen, und den bisherigen modenesischen Minister-Residenten de Volo empfangen, dessen diplomatische Mission, so wie die der Vertreter von Neapel, Toskana und Parma, seit dem 9. v. M. beendet ist.

**Pesth**, 19. November. In heutiger erster Sitzung des wiedereröffneten ungarischen Landtages gelangte ein königl. Reskript zur Mittheilung, in welchem es unter Anderem heißt: Das unverrückbare Endziel der auf Grundlage der Thronrede aufgenommenen Verhandlungen bleibe die Regelung des Verbandes der einzelnen Theile der Monarchie sowie die Wiederherstellung der Autonomie und Rechtsgestaltung Ungarns. Nach Erwähnung der Kriegsergebnisse und des Friedens-Abschlusses hebt das Reskript hervor, daß nunmehr eine erhöhte Nothwendigkeit eingetreten sei, die Regelung der inneren Angelegenheiten zu beschleunigen. Die Vertagung des Landtages wird um so mehr bedauert, als eben damals im Subkomité des Ausschusses für die gemeinsame Angelegenheit der Entwurf eines Antrages vorbereitet war, über dessen Ausgangspunkt und Endziel schon jetzt die königliche Anerkennung ausgedrückt wird, da der Entwurf bezüglich der Beratung und Behandlung der gemeinsamen Angelegenheit als geeigneter Anknüpfungspunkt für das Zustandekommen eines Ausgleichs erkannt wird, indem darin der Ausdruck des Bewußtseins der Zusammengehörigkeit der Länder, sowie der Sicherung des Bestandes der Monarchie mit Befriedigung wahrzunehmen sei. Das Reskript deutet demnach für die bevorstehenden Beratungen einige Hauptgesichtspunkte an. Namentlich müsse eine Einheit des Heerwesens sowohl in der Führung und Organisation, als auch durch übereinstimmende Grundzüge bezüglich der Dienstzeit und der Heeresergänzung unabwieslich gewahrt werden. Das Zollwesen, die indirekte Besteuerung und das Staats-Monopolwesen seien nach vereinbarten gleichen Grundzügen zu ordnen. Ebenso erfordern das Staatsschulden- und Kreditwesen eine einheitliche Behandlung. — Wenn nach dem Resultate dieser Beratungen die Schwierigkeiten bezüglich der zu wählenden Garantien für den Gesamt-Staatverband als beseitigt angesehen werden können, so sollen auch die Wünsche und Ansprüche Ungarns durch Ernennung eines verantwortlichen Ministeriums und durch die Wiederherstellung einer municipalen Selbstverwaltung erfüllt werden. Ein verantwortliches Regierungssystem solle indes nicht bloß in Ungarn, sondern allgemein zur Geltung gebracht werden. Die detaillirte Anwendung der zu vereinbarenden Prinzipien sowie der Modifikation der 1848er Gesetze solle im Wege eines zu ernennenden verantwortlichen Ministeriums im Einvernehmen mit dem Landtage bewerkstelligt werden. Das Reskript drückt schließlich die Hoffnung aus, daß der Landtag diese Eröffnungen, als den Mahnruf einer ersten Zeit, einer entsprechenden Beratung unterziehen werde, um das Inslebentreten des konstitutionellen Organismus zu beschleunigen.

#### Viehmärkte.

**Berlin**. Am 19. November e. wurden an Schlachtvieh auf hiesigem Viehmarke zum Verkauf aufgetrieben:

An Hornvieh 1287 Stück, excl. 150 Stück polnischer Ochsen. Der Handel war lebhafter als vorige Woche und stellen sich demnach die Preise für beste Qualität auf 16—18 *fl.*, mittlere 13—15 *fl.*, ordinäre 10 bis 12 *fl.* pro 100 Pfd. Fleischgewicht.

An Schweinen 4152 Stück, incl. 200 Bachumer Schweinen. Das Geschäft war lebhaft und wurde beste feine Kern-Waare mit 17 *fl.* bezahlt.

An Schafvieh 2640 Stück. Export-Geschäfte fanden nicht statt; unerachtet der schwachen Zutriften waren die Durchschnittspreise doch nur mittelmäßig, nur schwere und fette Hammel wurden verhältnismäßig zu höheren Preisen bezahlt.

An Kälbern 499, wofür sich die Durchschnittspreise bei minder lebhaftem Verkehr nur mittelmäßig gestalteten.

#### Börsen-Berichte.

**Stettin**, 20. November. Witterung: nach starkem Schneefall klare Luft. Barometer: 27" 10", Temperatur + 1° R. Wind: NW.

An der Börse.  
Weizen höher, loco pr. 85 *fl.* gelber nach Qualität 82, 85 *fl.*, feiner weiß bunter 86 1/2 *fl.* bez., 83—85 *fl.* November 84 1/2 *fl.* bez. u. Br., November-Dezember 83 1/4 *fl.* bez., 83 1/2 Br., Frühjahr 84 1/4, 85 1/2 *fl.* bez., 85 1/4 Br., 85 *fl.*

Roggen steigend bezahlt, schließt matt, loco pr. 2000 Pfd. 54—58 1/2 *fl.*, November 56 1/2, 57 1/4 *fl.* bez., November-Dezember 55 1/2, 56 1/4 *fl.* bez., Br. u. Ob., Dezember-Januar 56 *fl.* bez., Frühjahr 54, 55, 54 1/2 *fl.* bez.

Gerste, Hafer und Erbsen ohne Umsatz.  
Rübsil still, loco 12 1/2 *fl.* Br., November-Dezember 12 1/2 *fl.* Br., 12 1/2 *fl.* Ob., November-Dezember 12 1/2 *fl.* Br., Januar-Februar 12 1/2 *fl.* Br., April-Mai 12 1/2 *fl.* bez., 12 1/2 *fl.* Br.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß 16 1/2, 17 *fl.* bez., November 16 1/2 *fl.* bez., November-Dezember 16 1/2, 1/2 *fl.* bez. u. Br., 16 1/2 *fl.* Ob., Frühjahr 16 1/2 *fl.* bez. u. Ob.

Angemeldet: 100 Wpfl. Roggen, 10,000 Ort. Spiritus.

**Hamburg**, 19. November. Getreidemarkt. Weizen loco lebhafter Kaufsfluß, 2 *fl.* höher, ab Auswärts begehrt und höher. Br. November-Dezember 5400 Pfd. netto 153 Bankothaler Br., 152 *fl.* Ob., pr. Dezember-Januar 151 Br., 150 *fl.* Roggen loco ruhig, ab Königberg pr. April-Mai zu 81—82 bez., zu 82—83 an Markt. Per November-Dezember 5000 Pfd. Brutto 92 Br., 91 *fl.* Ob., pr. Dezember-Januar 91 Br., 90 *fl.* Ob. Del loco 26 1/4, pr. Mai 27 1/2—27 3/4. Kaffee ruhig. Zink unverändert, fest, aber ruhig. — Wetter särmlich, Vormittag Thauwetter, jetzt Frost.

**Amsterdam**, 19. November. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen unverändert. Roggen pr. November 196, pr. März 205, per Mai 207. Rapps fest.